

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Deutsch-Ukrainischer
Agrarpolitischer Dialog

Ausgabe 10/2015

Beim Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung

AKTUELLE AGRARGESETZGEBUNG in der Ukraine

Inhalt

Gesetzentwürfe, die im Parlament der Ukraine im September 2015 eingetragen wurden

Landwirtschaftliche Flächen

- Verwendung von Nachlass ohne Erbfolge
- Anmeldung der Pachtverträge bei den örtlichen Dorf- bzw. Stadträten
- Pachtrechte sollen in der Forsteinrichtung ausgewiesen werden
- Abschaffung der gesetzlichen Pachtmindestfrist
- Vereinfachung der Privatisierung und Verpachtung öffentlicher Grundstücke
- Regelungen zur Verpfändung der Pacht- und -Erbpachtrechte
- Abschaffung der Anmeldepflicht von Pachtrechten
- Übergang herrenloser Grundstücke an die Gemeinden
- Verpachtung öffentlicher Grundstücke für Meliorationszwecke ohne Ausschreibung

Agrargesetzgebung

- Vergabe von staatlichen Flächen für die landwirtschaftliche Produktion
- Verschärfung der Anforderungen an die Milchprodukte
- Befreiung von der Wehrpflicht in der Agrarindustrie
- Strafrechtliche Haftung bei Falschinformationen über diätisches Gluten in Lebensmitteln
- Zulassung freiwilliger Zertifizierung von Lebensmitteln

Steuergesetzgebung

- Neue Regeln für die Besteuerung von Lizenzen zur Nutzung natürlicher Ressourcen
- Zollbefreiung für die Produktion aus Lizenzen über die Nutzung natürlicher Ressourcen
- Landwirtschaftliche Pauschalsteuer bei Abschluss der Pachtverträge berechnen
- Förderung des grünen Tourismus
- Aufhebung der Grundsteuer in staatlichen Forschungsbetrieben

Gesetzentwürfe, die im Parlament der Ukraine im September 2015 eingebracht wurden

Landwirtschaftliche Flächen

Verwendung von Nachlass ohne Erbfolge

Gesetzentwurf hinsichtlich der Grundstücke, deren Eigentümer verstorben sind, Nr. 3006, eingebracht am 01.09.2015 von O.I.Kulinich u.a. (Block Petro Poroshenko, Samopomich, Vidrozhennia, Volya Narodu, Batkivschyna)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, dass landwirtschaftliche Grundstücke, deren Eigentümer verstorben sind, beim Fehlen gesetzlicher Erben an die Gemeinde fallen, in der sich das Grundstück befindet. Zurzeit steht dieser Anspruch der Gemeinde zu, in der der Verstorbene gewohnt hat. Laut dem Gesetzentwurf sollen die Verwaltungsvorgänge über die Anerkennung solcher, sogenannter kaduher Nachlässe, veröffentlicht werden. Zur Feststellung eines kaduken Nachlasses soll ein Verfahren des Informationsaustausches zwischen den Behörden geregelt werden. Außerdem sollen Dritte (einschließlich der Pächter solcher Grundstücke) das Recht erhalten, die Überführung kaduher Grundstücke an die Gemeinde zu veranlassen.

Gesetzentwurf hinsichtlich der Grundstücke, deren Eigentümer verstorben sind, Nr. 3006-1, eingebracht am 07.09.2015 von A.O.Vadatursky (Block Petro Poroshenko)

Nach dem Gesetzentwurf sollen kaduher Nachlässe erst nach Ablauf einer einjährigen Frist ab der Eröffnung des Nachlassverfahrens gemäß dem entsprechenden Beschluss des örtlichen Dorfs- bzw. Stadtrats an die jeweilige Verwaltungsstruktur fallen und keiner gerichtlichen Entscheidung bedürfen.

Laut den Verfassern dieses Gesetzentwurfes beträgt die Gesamtfläche der herrenlosen landwirtschaftlichen Grundstücke gegenwärtig ca. 2 Millionen Hektar. Der Gesetzentwurf soll der Reduzierung der herrenlosen landwirtschaftlichen Grundstücke dienen.

Anmeldung der Pachtverträge bei den örtlichen Dorf- bzw. Stadträten

Gesetzentwurf zur Erhöhung der Budgetzahlung von den Landwirtschaftsbetrieben Nr. 3012, eingebracht am 02.09.2015 von V.V. Kryvohatko (Block Petro Poroshenko)

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Pachtverträge der landwirtschaftlichen Flächen der Anmeldung mit den örtlichen Dorf- bzw. Stadträten bedürfen. Die Nutzungsrechte sollen für die landwirtschaftlichen Grundstücke der Landwirtschaftsbetriebe erst nach der Anmeldung bei den örtlichen Dorf- bzw. Stadträten entstehen.

Pachtrechte sollen in der Forsteinrichtung ausgewiesen werden

Gesetzentwurf zum Abbau der Korruptionsanfälligkeit im Bereich der Forstwirtschaft Nr. 3019, eingebracht am 03.09.2015 von I.I. Melnychuk (Block Petro Poroshenko)

Laut dem Verfasser des Gesetzentwurfs ermöglichen die jetzigen Vorschriften des Bodengesetzbuches die relativ einfache Veräußerung staatlicher forstwirtschaftlichen Flächen. Dies wird von den Behörden in der Praxis zu Korruptionszwecken genutzt.

Laut dem Gesetzentwurf sollen die Vorschriften des Bodengesetzes über den Ausweis der Pachtrechte auch in das Waldgesetz übernommen werden. Die Informationen über die Pachtrechte sollen im Rahmen der periodischen Forsteinrichtung ausgewiesen werden.

Abschaffung der gesetzlichen Pachtmindestfrist

Gesetzentwurf zur Abschaffung der gesetzlichen Pachtmindestfrist der landwirtschaftlichen Flächen Nr. 3020, eingebracht am 03.09.2015 von I.I. Melnychuk (Block Petro Poroshenko)

Laut dem Gesetzentwurf soll die im Februar dieses Jahres eingeführte gesetzliche Pachtmindestfrist der landwirtschaftlichen Flächen (7 Jahre) abgeschafft werden. Laut dem Verfasser des Gesetzentwurfs seien die Verfassungsrechte der Verpächter durch diese gesetzliche Einschränkung verletzt.

Vereinfachung der Privatisierung und Verpachtung öffentlicher Grundstücke

Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Privatisierung und Verpachtung der Grundstücke Nr. 3190, eingebracht am 29.09.2015 von V.F. Stashuk (Narodny Front, Vidrozhennia, Block Petro Poroshenko, Volya Narodu)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, die Privatisierung öffentlicher Landwirtschaftsflächen an die gegenwärtigen Pächter zu vereinfachen. Die Erstellung von sogenannten Bodenordnungsprojekten soll danach abgeschafft werden. Nach dem Gesetzentwurf soll weiterhin die Verpachtung der im Kommunal- oder Staatseigentum befindlichen Grundstücke auch ohne öffentlichen Landesentwicklungsplan ermöglicht werden.

Regelungen zur Verpfändung der Pacht- und – Erbpachtrechte

Gesetzentwurf zur Entwicklung der Pachtverhältnissen im Agrarbereich Nr. 3080, eingebracht am 14.09.2015 von V.V. Zubyk (Vidrodzhennia)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen:

- die Verpfändung der Pachtrechte an öffentlichen Grundstücken, falls diese Rechte über eine Auktion und mit Zustimmung des Grundstückseigentümers erworben wurden, zu verbieten;
- kontrollierbare wirtschaftliche und ökologische Verpflichtungen der Pächter einzuführen;
- Kriterien für die Veräußerung langfristiger Pachtrechte (in aller Regel über 49 Jahre) einzuführen;
- Pachtzahlungen an den USD-UAH Wechselkurs anzuknüpfen;
- die Verpfändung der Pacht- und – Erbpachtrechte zu regeln.

Abschaffung der Anmeldepflicht von Pacht-rechten

Gesetzentwurf zur Abschaffung der pflichtigen Anmeldung der Pachtrechte über die Grundstücke Nr. 3127, eingebracht am 17.09.2015 von M.V. Gavryliuk (Narodny Front)

Laut dem Gesetzentwurf soll die Anmeldepflicht von Pacht-rechten über Grundstücke abgeschafft werden. Die Pacht-rechte sollen sofort nach dem Abschluss des Pachtvertrags entstehen. Die Anmeldung der Pacht-rechte ist nicht für die Pauschalbesteuerung erforderlich.

Übergang herrenloser Grundstücke an die Gemeinden

Gesetzentwurf hinsichtlich der Übernahme von den Gemeinden des Eigentums an den herrenlosen

Grundstücken Nr. 3128, eingebracht am 17.09.2015 von M.V. Gavryliuk (Narodny Front)

Laut dem Gesetzentwurf sollen die Eigentumsrechte an herrenlosen Grundstücken, falls die Eigentümer bzw. Erben von Grundstücken ihre Eigentumsansprüche nicht ordnungsgemäß nachweisen können, den örtlichen Gemeinden übertragen werden.

Verpachtung öffentlicher Grundstücke für Meliorationszwecke ohne Ausschreibung

Gesetzentwurf hinsichtlich der Verpachtung von Wasserobjekten Nr. 3157, eingebracht am 21.09.2015 von S.V. Khlan und A.A. Gordeyev (Block Petro Poroshenko)

Laut dem Gesetzentwurf sollen die im Staats- bzw. Kommunaleigentum befindlichen Grundstücke, auf welchen Meliorations- bzw. Bewässerungssystemen eingerichtet sind, ohne Ausschreibung verpachtet werden dürfen.

Agrargesetzgebung

Vergabe von staatlichen Flächen für die landwirtschaftliche Produktion

Gesetzentwurf hinsichtlich der Verbesserung des Investitionsklimas im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion Nr. 3002, eingebracht am 01.09.2015 von A.S. Matviyenko u.a. (Block Petro Poroshenko)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, dass die Verträge über die Vergabe landwirtschaftlicher Flächen im Rahmen der Produktionsverteilung zwischen dem Staat und dem Investor abgeschlossen werden können.

Laut den Verfassern des Gesetzentwurfs soll damit die Beschaffung von Investitionen und die Einführung neuer Technologien zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion gefördert werden.

Verschärfung der Anforderungen an die Milchprodukte

Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Verfälschung von Milchprodukten Nr. 3043, eingebracht am 07.09.2015 von A.L. Derkach u.a. (Volya Narodu, Opositionsbloc und Batkivshchyna)

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Begriff „milchhaltige Produkte“ anstelle „Milchprodukte“ gesetzlich eingeführt wird. Dies soll der Information und Aufklä-

rung der Verbraucher über die Eigenschaften der entsprechenden Waren dienen. Außerdem sieht der Gesetzentwurf eine Reihe von Anforderungen zu Markierung und Verpackung milchhaltiger Produkte sowie die Haftung für die Verletzung dieser Vorschriften vor. Laut dem Gesetzentwurf werden die Herstellung und der Vertrieb von „Milchprodukten“ mit einem Milchanteil von weniger als 50% verboten.

Gesetzentwurf über milchhaltige Produkte Nr. 3043-1, eingebracht am 23.09.2015 von O.B. Bakumenko und P.V. Yurchyshyn (Block Petro Poroshenko)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, den Begriff „milchhaltige Produkte“ einzuführen. Als milchhaltige Produkte werden die Produkte mit einem Milchanteil von weniger als 50% anerkannt. Laut den Verfassern stimmen die Vorschriften des Gesetzentwurfs mit den Bestimmungen der EC-Verordnung Nr. 1234/2007 vom 22. Oktober 2007 über. Der Gesetzentwurf sieht weiterhin Vorschriften zur Markierung und Verpackung der milchhaltigen Produkte sowie Haftungsregeln vor.

Befreiung von der Wehrpflicht in der Agrarindustrie

Gesetzentwurf hinsichtlich der Befreiung von der Wehrpflicht in der Agrarindustrie Nr. 3152, eingebracht am 18.09.2015 von O.A. Nedava und G.L. Chekita (Block Petro Poroshenko)

Laut dem Gesetzentwurf sollen Traktoristen von der Wehrpflicht befreit werden, falls sie als Vollzeitarbeitskraft in einem Agrarunternehmen arbeiten.

Strafrechtliche Haftung bei Falschinformationen über diätisches Gluten in Lebensmitteln

Gesetzentwurf bzgl. der Haftung für fehlerhafte Informationen über diätische, glutenhaltige Lebensmittel Nr. 3201, eingebracht am 30.09.2015 von I.V. Sysoyenko (Samopomich)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, die diätischen, glutenhaltigen Lebensmittel zu definieren. Außerdem sieht der Gesetzentwurf die strafrechtliche Haftung bei Falschinformationen über diätische, glutenhaltige Lebensmittel vor. Falls Falschinformationen zum Tod oder schwerwiegenden Erkrankungen ge-

führt haben, droht eine Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren.

Zulassung freiwilliger Zertifizierung von Lebensmitteln

Gesetzentwurf bzgl. der Standardisierung und Zertifizierung der Lebensmittel Nr. 3168, eingebracht am 22.09.2015 von V.V. Golub (Block Petro Poroshenko)

Laut dem jetzigen Gesetz „Über die Grundsätze und Anforderungen zur Sicherheit und Qualität der Nahrungsmittel“ (gültig seit September dieses Jahres) dürfen die staatlichen Zertifizierungsbehörden die freiwillige Zertifizierung der Lebensmittel auf Antrag der Unternehmen nicht durchführen. Der vorliegende Gesetzentwurf soll die freiwillige Zertifizierung der Lebensmittel bei den staatlichen Zertifizierungsbehörden ausdrücklich zulassen.

Steuergesetzgebung

Neue Regeln für die Besteuerung von Lizenzen zur Nutzung natürlicher Ressourcen

Gesetzentwurf hinsichtlich der zusätzlichen Bedingungen der Besteuerung der Investitionstätigkeit im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion Nr. 3003, eingebracht am 01.09.2015 von A.S. Matviyenko u.a. (Block Petro Poroshenko)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, die Besteuerung von Verträgen zur Nutzung natürlicher Ressourcen im Agrarbereich im Rahmen der Produktionsverteilung zu entwickeln. Der Gesetzentwurf ist mit dem oben aufgeführten Gesetzentwurf Nr. 3002 verbunden.

Zollbefreiung für die Produktion aus Lizenzen über die Nutzung natürlicher Ressourcen

Gesetzentwurf hinsichtlich der Änderungen zum Zollgesetzbuch der Ukraine in Bezug auf die Investitionstätigkeit im Bereich der Herstellung der landwirtschaftlichen Produktion Nr. 3004, eingebracht am 01.09.2015 von A.S. Matviyenko u.a. (Block Petro Poroshenko)

Nach dem Gesetzentwurf soll die landwirtschaftliche Produktion, die gemäß den Verträgen zur Nutzung natürlicher Ressourcen im Agrarbereich im Rahmen der Produktionsverteilung hergestellt wird, vom Zoll befreit werden. Der Gesetzentwurf ist mit dem oben aufgeführten Gesetzentwurf Nr. 3002 verbunden.

Landwirtschaftliche Pauschalsteuer bei Abschluss der Pachtverträge berechnen

Gesetzentwurf zur Erhöhung der Budgetzahlung der Landwirtschaftsbetriebe Nr. 3013, eingebracht am 02.09.2015 von V.V. Kryvohatko (Block Petro Poroshenko)

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Pauschalsteuer sofort nach Anmeldung der Pachtverträge bei den örtlichen Dorf- bzw. Stadträten berechnet werden soll. Zurzeit ist die Steuerberechnung an die Anmeldung im Einheitlichen Register der Grundrechte gekoppelt. Der Gesetzentwurf ist mit dem oben aufgeführten Gesetzentwurf Nr. 3012 verbunden.

Förderung des Grünen Tourismus

Gesetzentwurf zur Förderung des grünen Tourismus in der Landwirtschaft Nr. 3034, eingebracht am 03.09.2015 von Y.M. Moskalenko u.a. (Volja Narodu)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, Leistungen im Bereich des Grünen Tourismus zu definieren, die keine unternehmerische Tätigkeit darstellen und daher nicht der Einrichtung einer juristischen Person bedürfen. Nach dem Gesetzentwurf soll insbesondere die Unterbringung von mehr als 10 Personen der Registrierung eines Unternehmens bedürfen. Die Jahreseinkünfte aus dem Grünen Tourismus sollen in Höhe von bis zu 100 Mindestlöhnen von der Besteuerung befreit werden.

Aufhebung der Grundsteuer in staatlichen Forschungsbetrieben

Gesetzentwurf über die Befreiung von der Bodensteuer Nr. 3175, eingebracht am 23.09.2015 von R.Y. Demchak (Block Petro Poroshenko)

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, die Flächen der Forschungsbetriebe, einschließlich der Zuchtbetriebe der Forschungs- und Wissenschaftsinstitutionen im landwirtschaftlichen Bereich, auf einer Fläche bis zu 300 Hektar pro Betrieb von der Bodensteuer zu befreien.

Verfasser:

Julian Ries
Anwaltsfirma "Integrites", Kiew
julian.ries@integrites.com
<http://www.integrites.com>



Redaktion und Kontakt:

Dr. Volker Sasse, Mariya Yaroshko
Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)
Reytarska 8/5 A, 01030 Kiew
Tel. +38044/ 2356327
info@apd-ukraine.de
www.apd-ukraine.de

Die Serie „Aktuelle Agrargesetzgebung in der Ukraine“ gibt einen Überblick über Gesetze und Gesetzentwürfe der Werchowna Rada <http://portal.rada.gov.ua/>, die von Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Agrarsektors sind (insbesondere Landwirtschaft und Ernährungsindustrie). Die Artikel werden folgendermaßen unterteilt:

- „Gesetze und andere Rechtsakte, die im analysierten Zeitraum verabschiedet wurden und in Kraft getreten sind“: Gesetze, die in der Werchowna Rada verabschiedet und von dem Präsidenten unterschrieben wurden; einschließlich Verordnungen des Ministerkabinetts, auch wenn die Gesetze evtl. erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten.
- „Gesetzentwürfe von besonderer Bedeutung, die im analysierten Zeitraum weiter behandelt wurden“: Gesetzentwürfe, die durch die Werchowna Rada in Lesungen gesetzgeberisch bearbeitet, aber nicht verabschiedet (d.h. im Normalfall an einen Ausschuss zur Bearbeitung übergeben) wurden.
- „Gesetzentwürfe, die in die Werchowna Rada im analysierten Zeitraum eingebracht wurden“: Gesetzentwürfe, die in der Werchowna Rada neu eingetragen und registriert wurden (bzw. danach ohne Lesung an eine Ausschuss übergeben wurden).